



Liebe Leserin, lieber Leser!

Wie es mit der Arbeit der Vertrauensleute weitergeht, darüber wird gegenwärtig in allen Bezirken lebhaft diskutiert. Das mag mit den bevorstehenden Neuwahlen zusammenhängen. Das mag mitunter Ausdruck von Unzufriedenheit sein. Zum Beispiel darüber, dass wir fast nur in Großbetrieben über den ‚Luxus‘ von Vertrauenskörpern verfügen. Oder Unzufriedenheit über manche Betriebsräte, die sich nicht auch als Vertrauensleute verstehen. Die bevorstehenden Wahlen sind die beste Gelegenheit, solches zu ändern. Betriebsräte kandidieren noch einmal und lassen sich auch als Vertrauensleute wählen – das gute Beispiel aus den letzten Wahlen sollte Schule machen.

Nachahmenswert auch Projekte wie das bei der Firma Mahle. Die ERA-Einführung ging dort mit Hilfe von als Sachverständige benannten Beschäftigten vonstatten. Vier davon sind anschließend Vertrauensleute geworden. Solche Erfahrungen haben die baden-württembergischen Vertrauensleute auf ihrer Konferenz am 4. Juli ausgetauscht.

Mehr zur Konferenz:

Extranet → Aktive → Vertrauensleute → Konferenzen → Baden-Württemberg 2007.

Leiharbeit und Flächentarif

Die Wirtschaft wächst, die Zahl der Beschäftigten steigt. Allerdings handelt es sich beim Großteil der neuen Arbeitsplätze um Leiharbeit. Jetzt zeigen sich die Auswirkungen davon, dass seit Anfang 2004 neue gesetzliche Bedingungen bei der Arbeitnehmerüberlassung gelten. Damals wurden zahlreiche gesetzliche Schutzrechte aufgehoben; im Gegenzug müssen Leiharbeiter/innen so bezahlt werden wie die Stammbesellschaft – es sei denn, ein Tarifvertrag regelt anderes. Dieses Feld haben die christlichen „Gewerkschaften“ genutzt und Dumping-Tarifverträge geschlossen. Daher geraten die Tarifverträge, die die DGB-Tarifgemeinschaft mit den Zeitarbeitsverbänden BZA und IGZ geschlossen hat, zunehmend unter Druck: Für Leiharbeiter/innen wurden in den Folgejahren keine tariflichen Verbesserungen mehr erreicht, der Abstand zum Tarifniveau in der Metall- und Elektroindustrie wächst. Die Strategie, Tarifverträge mit den Verleihfirmen zu schließen oder dort Betriebsräte zu gründen und Mitglieder zu werben, war nicht erfolgreich.

Daher müssen die Entleihbetriebe ins Blickfeld rücken. Mehrere IG Metall-Bezirke haben Projekte gestartet, um Leiharbeiter/innen zu beraten und zu organisieren. Tarif- und betriebspolitisch sind folgende Ansatzpunkte denkbar: Ein bundesweiter Tarifvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung oder Ergänzungstarifverträge, die dem Prinzip der Gleichbehandlung (*equal pay/equal treatment*) Rechnung tragen. Betriebsvereinbarungen können Einsatzbereiche und Höchstbegrenzungsklauseln festschreiben. Auch lassen sich Übernahmeansprüche regeln.

Die IG Metall und die Betriebsräte in den Entleihbetrieben dürfen nicht tatenlos zusehen, wie sich Leiharbeit immer tiefer ins Normal-Arbeitsverhältnis frisst und auf diese Weise die Flächentarifverträge immer weiter untergräbt.

Tragfähiger Kompromiss bei der Telekom

Allen Negativmeldungen zum Trotz – der erstreikte Abschluss bei der Deutschen Telekom kann sich sehen lassen. Das Gehalt bleibt – garantiert durch eine Reihe von Absicherungsmechanismen – in den nächsten Jahren trotz einer schrittweisen Tabellenabsenkung praktisch gleich. In den bevorstehenden Lohnrunden sind wieder tabellenwirksame Steigerungen möglich. Der Kündigungsschutz wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Mehr als 4.000 neue Jobs sind zugesagt. Im Gegenzug wird die Wochenarbeitszeit um vier Stunden verlängert. Letzteres war nicht zu verhindern. Das Einigungspaket umfasst im übrigen 71 Seiten. Der Kompromiss erscheint akzeptabel. Das sehen die Streikenden übrigens genauso: Fast drei Viertel haben sich in der Urabstimmung für dieses Ergebnis ausgesprochen. Sie stehen als Sieger auf dem Platz.

Um ihr Urteil zu fällen, mussten sie sich ganz überwiegend auf ihren gesunden Menschenverstand verlassen. Denn auf eine Entscheidungshilfe im Sinne einer neutralen Berichterstattung, die Vor- und Nachteile eines Abschlusses referiert, konnten sie nicht setzen. Weniger noch: Wenn im Zusammenhang mit dem Telekom-Streik das Wort Krise auftauchen sollte, dann bezogen auf den Zustand des Journalismus in Deutschland.

Anzeige ©

Last-Minute-Angebot für VK-Leitungen:

"Kampagnen erfolgreich gestalten – Die IG Metall im Betrieb"

Seminarnummer SG03607,
02.–07.09.07, Sprockhövel.

Inhalte:

- Unternehmensstrategien und gewerkschaftliche Konzepte
- Wie beschaffen wir Informationen und geben sie weiter
- Beteiligungsorientierte Arbeit des Vertrauenskörpers
- Mobilisierung für gewerkschaftliche Ziele
- Gestaltung von betrieblichen und gewerkschaftspolitischen Kampagnen
- Mitgliederwerbaktionen
- Öffentlichkeitsarbeit

Anzeige ©

VL-Wahlen 2008

Nach den Sommerferien geht es los. Dann legen die Ortsvorstände gemeinsam mit den örtlichen VL-Ausschüssen ihre Schwerpunkte für die Wahl fest:

- Haben die wichtigen Betriebe einen VK?
- Wo muss die Arbeit wieder belebt werden?
- Wie gelingt es, mehr Junge, Frauen und Angestellte zu gewinnen.

Die Wahlmaterialien liegen bis Jahresende vor. Erste Rundschreiben an die Verwaltungsstellen gibt es demnächst.



Denn immer mehr Berichterstatter verfahren nach dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf: Eine Gewerkschaft setzt gemeinsam mit ihren Mitgliedern einen Kompromiss gegen erhebliche Widerstände durch.

Im Verständnis nicht weniger Journalisten sind Erfolge von Gewerkschaften entweder zu teuer, gehen zulasten angeblich benachteiligter Gruppen oder treiben ein Unternehmen grundsätzlich in die Pleite. Umgekehrt: Wenn Gewerkschaften Rückschläge erleben, dann handelt es sich in den Berichten meist um existenzbedrohende Krisen auf Kosten einfacher Gewerkschaftsmitglieder.

Merke: An Heuchlern herrscht kein Mangel, an Zynikern ebensowenig. Als sich etwa abzeichnete, dass die weitaus meisten ver.di-Mitglieder bei der Telekom aus guten Gründen für die Einigung stimmen würden, stellte der Redakteur einer maßgeblichen öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendung fest: Das sei nicht interessant. Sie würden nur dann berichten, wenn die Urabstimmung an der erforderlichen 25-Prozent-Hürde scheitern würde. Noch Fragen?

Unmut, Widerwille und ein Kommentar

Einem elektronischen Newsletter einmal die Meinung zu sagen, ist einfacher als einer Zeitung. Man muss nicht formulieren, adressieren, frankieren und den Brief dann noch einwerfen, sondern Schreiben und Versenden sind quasi eins (vertrauensleute@igmetall.de).

Zum Editorial unserer Juni-Ausgabe hat uns folgende Zuschrift erreicht: „Der Kommentar richtet sich gegen alle ehrenamtlichen IGM-Jugend-Mitstreiter, die ... in der Nähe von Heiligendamm ihren Protest gegen die menschenverachtende G8-Politik kundtaten. Jugendliche aus ganz Deutschland, IG Metall-Mitglieder, haben sich sowohl am 2. Juni als auch an den Sitzblockaden beteiligt und für weitaus mehr als nur CO2-Ausstoß und Klimaschutz demonstriert. Die Gewalt über die ganze Woche ging vermehrt von der Polizei aus ... Ich möchte hiermit meinen Unmut und meinen Widerwillen gegen diesen Artikel äußern...“

Bei den Ausschreitungen am 2. Juni in Rostock, die Gegenstand des Kommentars waren, bewarfen Vermummte die Polizei über Stunden mit faustgroßen Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern. Haben die Ordnungskräfte diese Attacken auf Leib und Leben etwa provoziert? Keineswegs. „Die Polizei hat sich an ihren deeskalierenden Kurs gehalten“, so die Organisatoren der Demonstration (vgl. FAZ, 03.06.2007). Das ist bekannter weise nicht immer so. Manchmal heizen Polizisten die Gewalt eher an, statt dass sie eindämmend wirken. Frei nach Karl Kraus: „Der Skandal fing an, als die Polizei ihn beendete“. Das war in Rostock nicht der Fall. Vom Kommentar ist daher nichts zurückzunehmen.

Es ist aber etwas hinzuzufügen: Wie man im nachhinein erfahren musste, ließ der Verteidigungsminister seine Bundeswehr-Tornados im Tiefflug über die Demonstranten donnern, um diese zu überwachen. Der Verteidigungsminister? War denn die Sicherheit des Landes durch die Protestierenden in Gefahr? Der auf die Verfassung vereidigte Minister hat die Verfassung gebrochen, die einen solchen Einsatz der Bundeswehr im Inneren strikt verbietet. Das können mit Streiks und Kundgebungen befasste Gewerkschaften nicht achselzuckend hinnehmen.